Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 18

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wirtschaft

Sowjetunion

Chruschtschews Bericht

Die schlechte Rationalisierung in der sowjetischen Wirtschaft (vergleiche auch «Der Klare Blick», Nr. 17 «So oder so?») bildete auch einen Gegenstand einer grossen Rede Chruschtschews vor Industrie- und Bauarbeitern der RSFSR im vergangenen Monat. Namentlich bezüglich der Maschinenindustrie schilderte er Zustände, die in der Planwirtschaft nicht auszumerzen sind.

Laut Erhebungen der Zentralen Statistischen Verwaltung bezüglich des Auslastungsgrades der Maschinen in 500 Maschinenfabriken der UdSSR, wurde festgestellt, dass von den spanabhebenden Maschinen in der ersten Schicht 24 Prozent, in der zweiten 39 Prozent und in der dritten 78 Prozent ständig stillstehen. So wurden z. B. in der Fabrik für Schwermaschinenbau in Kramatorsk von 72 schweren Universalmaschinen in der ersten Schicht 23, in der zweiten 28, in der gleichen Fabrik von Charkov von 64 Maschinen in der ersten Schicht 16 und in der zweiten 35 Maschinen nicht benützt.

Ferner sei ein Teil des Maschinenparkes bereits veraltet. Nach den Ermittlungen der Zentralen Statistischen Verwaltung waren im Jahre 1962 rund 26 Prozent der spanabhebenden Maschinen und 27 Prozent der Schmiedepressen mehr als 20 Jahre davon 8000 Verspannungsmaschinen und 3000 Schmiedepressen sogar 40 Jahre alt. Wenn man die insgesamt 200 000 veralteten spanabhebenden Maschinen und 30 000 ebenfalls veralteten Schmiedepressen mit neuen ersetzen könnte, so würde sich die Produktion um mindestens 35 Prozent erhöhen.

Die gegenwärtige Zersplitterung der Produktion wirkt sich für die Volkswirtschaft sehr nachteilig aus und soll deshalb behoben werden. Als Beispiel führte Chruschtschew die Giessereiindustrie an, wo das Roheisen zu 50 Prozent und der Stahl zu 60 Prozent noch immer in solchen Betrieben gegossen wird, deren Jahreskapazität 1000 t nicht überschreitet. Dies bedeutet für die Volkswirtschaft einen ziemlich hohen Verlust, denn in diesen kleinen Giessereien belaufen sich die pro Tonne berechneten Produktionskosten auf 170 Rubel, wogegen in den Grossbetrieben sie nur 90 Rubel ausmachen.

Die in der Produktion angewandte Technologie muss unbedingt verbessert werden, schon um den gegenwärtigen hohen Materialverschleiss einzudämmen. Ungefähr 60 Prozent des Jahresausstosses der Buntmetallurgie werden vom Maschinenbau verarbeitet, wobei 20 Prozent (10 Millionen Tonnen als Abfall verloren gehen. Ferner sollen die Planziffern für die Maschinenindustrie nicht mehr in Tonnen, sondern in Stückzahl oder Kapazität angegeben werden.

Infolge der mangelhaften Qualität der sowjetischen Maschinen müssen für Reparaturarbeiten jährlich 7 Milliarden Rubel aufgewendet werden, die insgesamt 2 Millionen Werktätige und 800 000 spanabhebende Maschinen beanspruchen. Diese hohen Zahlen sind auch jenem Umstand zuzuschreiben, dass die Fabriken die Reparaturen in eigener Regie und mit selbst erzeugten Ersatzteilen durchführen müssen, weil die Ersatzteilversorgung nicht funktioniert.

In den ersten vier Jahren des Siebenjahresplanes (1959/65) hatte sich zwar die Arbeitsproduktivität in der Industrie um 25 Prozent und im Bauwesen um 30 Prozent, und wenn man auch die inzwischen erfolgte Arbeitszeitverkürzung berücksichtigt, sogar um 40 Prozent bzw. 47 Prozent, erhöht, aber die im Siebenjahresplan aufgestellten Planziele blieben in der RSFSR trotzdem bei der Industrie um 0,7 Prozent und im Bauwesen um 4 Prozent unerfüllt. Im Jahre 1962 haben 1900 Betriebe der RSFSR den Plan der Produktivitätserhöhung nicht erfüllen können.

Oben: Der Funktionärskolchos. (Ekonomitscheskaja Gasjeta)

Die Planwirtschaft hat nicht nur in der Maschinenindustrie, sondern in ihrer ganzen Ausdehnung ihre Schwierigkeiten. Zwei davon, die Bürokratie der Betriebe und die Arbeitsplatzverteilung nach zentralem Schema, sind von Chruschtschew in seinen letzten Reden, einmal mehr behandelt worden. Die Ansiedlung von Berufsleuten in die Provinz macht heute insofern grössere Schwierigkeiten als zu Stalins Zeiten, als der Schein der Freiwilligkeit möglichst gewahrt werden soll. Aber selbst in der straff organisierten Jugendbewegung «Komsomol» ist das Interesse an Pioniertaten im «Neuland» Kasachstans und Sibiriens oder auch nur in der umgebenden Provinz für die Bedürfnisse der Partei und ihrer Planung völlig ungenügend.

Trotz zahlreichen Parteibeschlüssen wollen die Agrarfachleute vor allem in den mittleren und fernöstlichen Gebieten der UdSSR nicht in der Landwirtschaft arbeiten. So werden z.B. in den Industriebetrieben und anderen Organisationen von Kasachstan 5500 Agrarfachleute beschäftigt. Gleichzeitig gibt es unter den Kolchos- und Sovchosleitern, Abteilungsleitern, Farm- und Brigadeleitern usw. lediglich 4575 Agronomen und Zootechniker. In der ganzen Republik arbeiten deren 30 000, trotzdem werden 83 Prozent der Kolchosfarmen von Personen ohne Fachbildung geleitet. Kaum 70 Prozent der Sovchos-Abteilungsleiter sind Fachleute. Eine ähnliche Lage trifft man auch im Voronezer Gebiet an, wo 1700 Brigaden- und Kolchos-Farmleiter nicht einmal die Volksschule beendet haben.

Unten: «Mich in die Peripherie? Aus Moskau?» («Krokodil»)

Für die schlechte Organisation der Arbeit führte Chruschtschew die folgenden Beispiele an: Nach dem zweiten Weltkrieg wurden aus den Vereinigten Staaten mehrere komplette Fabriken für die Verarbeitung von Schlacke importiert. Eine unter ihnen befindet sich in Kiew und benötigt zu ihrer Bedienung 100 Arbeiter, wogegen in den USA die gleiche Fabrik mit 16 Arbeitern auskommt. Das gleiche kann auch über eine aus Westdeutschland stammende Aethylenfabrik gesagt werden, die in der Sowjetunion mit 750, in der Bundesrepublik nur mit 500 Werktätigen arbeitet. Bei solchen Zuständen sei es kein Wunder, dass die sowjetische Industrie noch immer 9 Millionen Hilfsarbeiter beschäftigt.

Mit den Ingenieurarbeiten, dem Rechnungswesen und der Administration sind in der UdSSR mehr als 10 Millionen, davon in der RSFSR mehr als 6 Millionen Personen beschäftigt. Im Jahre 1962 gab es in der Sowjetunion 30 000 Rechenmaschinen, dagegen in Westdeutschland 100 000 und in den USA sogar 500 000.

Die Lage bei den Investitionsbauten war im ersten Quartal dieses Jahres wieder ungünstig, und die Erfüllung betrug nur 91 Prozent. Im vorigen Jahr konnten nur 92 Prozent der als wichtig bezeichneten Investitionen in Betrieb genommen werden. Der Grund dieser Erscheinung liegt in der Zersplitterung der Bauarbeiten, die in den vergangenen vier Jahren um weitere 20 Prozent zugenommen hat.

Kontrolle

Ungarn

Die Briefzensur

Gestützt auf vertrauliche Informationen aus Budapest, war die römische Zeitung «Il Quotidiano» kürzlich in der Lage, einiges über die ungarische Briefzensur zu berichten. Danach werden in der ungarischen Hauptstadt alle Briefe, gleich ob sie aus dem Ausland kommen oder ob sie dorthin zu befördern sind, zunächst zweimal 24 Stunden zurückgehalten, in der Fachsprache: «liegen gelassen». In der Regel wird dann jeder zehnte Brief geöffnet und kontrolliert. Zudem steht den Zensurbehörden eine von der AVO (Geheimpolizei) zusammengestellte Liste zur Verfügung, in welcher die Namen derjenigen Personen vermerkt sind, für welche die Geheimpolizei ein besonderes Interesse bekundet. Diese Briefe werden ausnahmlos kontrolliert und wenn nötig fotokopiert um als «Beweismaterial» bei einer späteren Anklage verwendet zu werden. Diese Massnahmen werden von den Spezialabteilungen der Budapester Postämter Nr. 62 und 72 durchgeführt, an deren Spitze keine Postbeamten sondern AVO-Offiziere stehen.

Bei besonderen Anlässen, wie Parteikongresse, Militärmanöver oder bei einer Zuspitzung der internationalen Lage, werden die Briefe sogar 72 Stunden lang zurückgehalten. So hoffen die Polizeibehörden zu erreichen, dass die nicht kontrollierten Briefe, die eventuell politische oder militärische Informationen enthalten könnten, durch mehrtägige Verspätungen ihren Wert verlieren würden.

Soziales

Bulgarien

Gefahr Arbeitslosigkeit

In den kommunistischen Ländern wird jede Erscheinung von Arbeitslosigkeit verschwiegen, weil sie laut Theorie «restlos gelöst» sei und nicht existieren könne. Wie aus verschiedenen Berichten ersichtlich ist, konnte dieses Problem noch keiner zufriedenstellenden Regelung zugeführt werden, so dass die Regierungsstellen sich damit auch öffentlich befassen müssen.

So sah sich vor kurzem auch Partei- und Regierungschef Todor Zivkov veranlasst, an einer Konferenz über die Maschinenindustrie (1.3.1962) diese Frage anzuschneiden. Er betonte dabei, dass Zentralkomitee und Regierung in den letzten Jahren grosse Anstrengungen unternommen haben, all jenen Arbeitsplätze zu verschaffen, die arbeiten wollen. Diese Bestrebung sei auch «im grossen Umfang» gelungen, womit er indirekt zugab, dass diese Frage doch nicht «restlos» gelöst sei. Eine ähnliche Erklärung gab er schon im Herbst 1960 der italienischen KP-Zeitung «Unità», als er behauptete, in Bulgarien habe es «seit langer Zeit keine Arbeitslosigkeit gegeben» (veröffentlicht auch in «Rabotnicesko Delo» Sofia, 13.9.1960).

Man darf aber nicht vergessen — sagte Zivkov ferner — dass durch die angestrebte Mechanisierung der Landwirtschaft in den kommenden Jahren für rund 500 000 Landarbeiter neue Arbeitsplätze gefunden werden müssen, da die Land- und Forstwirtschaft nicht in der Lage ist, jene zu absorbieren. Deshalb muss vor allem die Maschinenindustrie ausgebaut werden:

«Wenn wir die Maschinenindustrie in diesem Lande nicht weiter entwickeln — sagte er wörtlich — so wird es in naher Zukunft Arbeitslosigkeit geben. 1970 und 1980 würden wir Arbeitslose haben. Aus diesem Grunde ist die Entwicklung der Maschinenindustrie eine lebenswichtige Aufgabe für unser Land, weil sie die Beschäftigung von Arbeitskräften gewährleistet».

Industrie

Schiwkoff kritisiert

Auf einer Landeskonferenz über die Fragen der Maschinenindustrie befasste kürzlich sich Partei- und Regierungschef Todor Schiwkoff eingehend mit den Problemen der Maschinenindustrie, deren Ausbau für das Land von grösster Bedeutung sei. Aber auch für den Export ist die Entwicklung dieses Industriezweiges unerlässlich, denn die bulgarische Landwirtschaft sowie die übrigen Produktionszweige der Volkswirtschaft seien nicht imstande, genügend Exportgüter und -werte herzustellen, mit denen die Einfuhr von dringend genötigten Maschinen, Einrichtungen und Rohstoffen sichergestellt wäre, die zur weiteren Entwicklung der bulgarischen Produktionskapazität nötig seien.

Technischer Fortschritt, Automatisierung, Spezialisierung sowie die Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern — und hier insbesondere wiederum auf dem Gebiete des Maschinenbauwesens - bezeichnete Schiwkoff als die dringlichen Aufgaben des Landes. Was in dieser Hinsicht bisher getan worden sei, stelle nur den ersten Schritt dar und genüge nicht. Um «den Anschluss an das Weltniveau herzustellen», müsse die Maschinenbauindustrie radikal umgebaut werden und zur Standardisierung sowie zur Zusammenarbeit und zur Konzentration ihrer Produktion übergehen. Schiwkoff zitierte Beispiele, wo gegen die vom Staat geforderte Standardisierung verstossen wurde; das seien schwere Verbrechen, die künftig hart bestraft werden müssten. Zweimal erwähnte Schiwkoff kapitalistische Produktionsmethoden als Beispiel, aus dem man lernen könne, und sagte, die «Kapitalisten» hätten nicht gezögert, den Weg der sogenannten Integration verschiedener Volkswirtschaften einzuschlagen und damit «der klassischen Konzeption und dem Grundsatz staatlicher Souveränität» zu entsagen.

Eingehend befasste sich der Parteichef auch mit der Rentabilität der bulgarischen Wirtschaft und kritisierte die hohen Produktionskosten infolge mangelnder Konzentration der Erzeugung, der Herstellung «neuer» Maschinen, die in anderen sozialistischen Ländern und im Westen längst überholt seien. Bulgarien könne nicht damit rechnen, den Gewinn aus seinem Export zu ziehen, den andere Länder zu verzeichnen hätten, wenn es nicht in vollem Umfang wettbewerbsfähig würde; gelänge das nicht, dann könne der gegenwärtige Lebensstandard des bulgarischen Volkes kaum aufrechterhalten und schon gar nicht verbessert werden. Künftig müsse daher als alleiniger Masstab gelten, was die bulgarischen Produktionsmethoden in Valuta kosten und was der bulgarische Export an ausländischen Devisen einbringt.

Kritik musste auch die wirtschaftliche Führungsschicht hinnehmen: Viele Betriebsleiter sähen häufig «nicht weiter als bis zu ihrer Nasenspitze» und schädigten oft ihre Betriebe und die gesamte Volkswirtschaft. Die Führungskader machten sich das Leben zu einfach, weil sie wüssten, dass alle Verluste aus Mitteln des Staatshaushalts beglichen würden.

Bezüglich der Planerfüllung erklärte Schiwkoff, dass der Plan für die quantitative Produktion zwar immer erfüllt wurde, der Plan für die Herstellung neuer Erzeugnisse jedoch nur zu 67 Prozent, obwohl gerade diesem Plan für die Entwicklung des Landes entscheidende Bedeutung zukomme.

Die Industrie ist auf bulgarischen Wirtschaftskarten noch eine relative Neuigkeit, hatte sie doch vor dem Krieg überhaupt keine nennenswerte Rolle gespielt. Von diesem Ausgangspunkt her lässt sich auch die rasche Wachstumsrate in Prozenten begreifen, welche Sofia proklamieren kann. Bulgarien gehörte mit Rumänien und im Unterschied zu den meisten Volksdemokratien (vor allem der Tschechoslowakei) zu den Ostblockstaaten, welche 1962 eine Uebererfüllung der Industrieproduktion meldeten. Dass aber die Probleme noch keineswegs gelöst sind, zeigen die jüngsten Zwischenberichte und Stellungnahmen der höchsten Parteikreise. Interessant ist dabei nicht zuletzt Schiwkoffs Hinweis auf eine drohende Arbeitslosigkeit innerhalb des kommenden Jahrzehnts, falls die Industrialisierung nicht noch grössere Fortschritte verzeichnen könne.

Arbeit

Polen

100 Überstunden monatlich

Laut gesetzlichen Vorschriften beträgt die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden und jährlich dürfen pro Person höchstens 120 Ueberstunden geleistet werden, wofür natürlich ein entsprechender Lohnzuschlag zu entrichten ist. Wie die Zeitung «Zycie Warszawy» (25. April) berichtet, werden aber in der Industriestadt Lodz diese Gesetze missachtet und die Arbeiter gezwungen, monatlich mehr als 100 Ueberstunden zu leisten, wofür sie meistens keinen Lohnzuschlag erhalten. In einem Betrieb müssen z.B. die Frauen täglich 18 Stunden, in einem anderen wieder monatlich 250 bis 270 Stunden, ohne jeden Ueberstundenzuschlag, arbeiten.

Mit der Jugendarbeit steht es auch nicht viel besser, denn die Fabrikleitungen gewähren meistens nicht den insgesamt 8000 Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren die ihnen gesetzlich zustehenden Erleichterungen. Um die 25 Prozent der Jungarbeiter wurde ärztlich von der Schwerarbeit befreit, aber viele von ihnen müssen auch weiter solche Arbeit verrichten. Die Gerichte von Lodz verhandeln jährlich um die 700 Prozesse gegen die Fabrikleitungen (die alle dem Staat gehören) aber scheinbar mit nicht viel Erfolg.

Dieser Bericht ist ein weiterer Beweis dessen, dass

a) die Verstaatlichungen im Ostblock — gegenüber allen Behauptungen ihrer Propaganda — nicht im Interesse der Bevölkerung, sondern zwecks Ausbau der Machtposition der Partei durchgeführt worden sind.

b) die Gewerkschaften im Ostblock nicht die Interessen der Arbeiter, sondern jene des Arbeitgebers, bzw. des Partei-Staates vertreten, da sie sich auch in solchen krassen Fällen gehütet haben gegen die Fabrikleitungen vorzugehen. Damit erreicht die Ausgeliefertheit der Arbeiter solche Masse, die nur mit den frühkapitalistischen Zeiten des vorigen Jahrhunderts verglichen werden können.

Die polnischen Ueberstunden nehmen sich im Vergleich zu den rumänischen noch bescheiden aus. Triumphierend meldet «Neuer Weg» (Bukarest, 27. April): «Auf den Feldern werden wahre Rekorde erzielt. Die Traktoristen Franz Raab und Constantin Lefter von der MTS (Maschinen- und Traktorenstation) Neuarad sassen täglich 14 bis 15 Stunden im Sattel und schafften beim Anbau 4 bis 5 Hektar pro Tag zusätzlich.»

Militär

Indien/Sowjetunion

Verspätete Migs

Für die Stärkung der indischen Luftverteidigung erweist sich die Wahl des von der Sowjetunion angebotenen Ueberschalljägers MIG 21 mehr als Hemmnis denn als Hilfe. Zwar trafen die ersten vier Maschinen dieses Typs im Februar dieses Jahres endlich in Indien ein, doch liegen sie jetzt noch in Kisten verpackt im Hafen von Bombay. Die für den Zusammenbau notwendigen sowjetischen Spezialgeräte und die russischen Flugzeugtechniker, die die Maschinen einsatzbereit machen sollen, befinden sich noch in der Sowjetunion. Wann die restlichen acht der versprochenen Düsenjäger in Indien eintreffen werden, ist noch ungewiss. Auch über die Lieferung der zum Einsatz notwendigen Bodenführungsgeräte wird zurzeit noch verhandelt. Unter diesen Umständen muss die indische Luftwaffe mindestens bis zur Mitte des nächsten Jahres warten, bis die ersten Maschinen fliegen — als einsatzfähige Waffe wird die Staffel MIG 21 nicht vor dem Beginn des Jahres 1965 zur Verfügung stehen können. — Mit den ersten in Indien in Lizenz gebauten MIG-Jägern kann die indische Luftwaffe nicht vor Ende 1966 rechnen, denn auch bei der Errichtung der beiden von der Sowjetunion zugesagten Flugzeugfabriken traten Verzögerungen ein. Nachdem zunächst alles reibungslos zu laufen schien, haben die mit der Untersuchung des Baugeländes betrauten sowjetischen Experten jetzt erklärt, ihre Untersuchungen könnten nur in Moskau abgeschlossen werden. Ausserdem heisst es, die Sowjetunion habe die Absicht, sich beim Bau dieser Fabriken nur auf technische Hilfe zu beschränken. Indien müsste in diesem Fall das Kapital weitgehend selbst aufbringen und vor allem auch einen Teil seiner knappen Devisen für diesen Zweck ausgeben. Indien hatte sich seinerzeit für das sowjetische Angebot entschieden, weil neben grosszügiger Unterstützung auch die Bezahlung der Rüstungslieferungen in Landeswährung zugesagt worden war.

Bevölkerung

UdSSR

Berufsgliederung

Die hier wiedergegebene Darstellung der sowjetischen Berufsschichtung erschien in der Wirtschaftszeitschrift «Ekonomitscheskaja Gasjeta» vom 14. April dieses Jahres. Was die Gegenüberstellung der Jahre 1913 und 1961 bezweckt, ist klar: Anschaulich soll bewiesen werden, dass die UdSSR ein Staat von überwiegendem Industriecharakter geworden ist.

Nach unsern Begriffen trifft dies zwar auch bei dieser Verteilung nicht zu, bei welcher der landwirtschaftliche Sektor immer noch dominiert. Aber diese Darstellung selbst lässt sich anhand sowjetischer Quellen ebenfalls bezweifeln. Für das selbe Vergleichsjahr 1961 gab vor Jahresfrist die Beschäftigungsstatistik ein etwas anderes Bild. Demnach wären von den rund 111 Millionen Erwerbstätigen allein 48,3 Millionen der Landwirtschaft zuzurechnen, während auf die Industrie einschliesslich Bergbau und Energiewirtschaft 20,2 Millionen Personen entfallen würden. In der Bauwirtschaft seien 4,8 Millionen, im Transportwesen und Handel zusammen 11,4 Millionen Personen beschäftigt. Die Anzahl der Wehrmänner wurde damals mit 3,6 Millionen angegeben, und der Rest der Erwerbstätigen entfiel auf Dienstleistungen aller Art, auf das Bankwesen, Versicherung und «Sonstiges».

Ein völlig schlüssiger Vergleich zwischen diesen beiden recht unterschiedlich wirkenden Darstellungen lässt sich insofern nicht ziehen, als die Gliederung in Berufsgruppen nicht identisch ist. Auch liessen sich — namentlich in den Kolchosen und Sowchosen — etliche Beschäftigte mit ungefähr gleich guten Begründungen in diese oder jene Kategorie einreihen. Auf jeden Fall aber bleiben die Diskrepanzen genügend gross, um diesem populären statistischen «Beweismaterial» gegenüber zur Skepsis berechtigt zu sein.

Einen Parallelschluss auf die Unzuverlässigkeit solcher Angaben lassen auch die Tabellen nach Klassenstruktur zu, die periodisch immer wieder erscheinen. Da wurde zum Beispiel im letzten statistischen Jahrbuch die Bevölkerung folgendermassen unterteilt: Arbeiter und Angestellte 71,8 Prozent, Kolchosbauern und genossenschaftlich organisierte Gewerbetreibende 28,0 Prozent, Einzelbauern, selbständige Handwerker usw. 0,2 Prozent.

Wenn man nun unter Klassen Bevölkerungsgruppen mit annähernd gleichgerichteten Interessen und einer gewissen Einheitlichkeit des Lebensstandards verstehen will, ist es natürlich klar, dass die sowjetamtliche Klassenstruktur ein völlig falsches oder nichtssagendes Bild von der Zusammensetzung der sowjetischen Gesellschaft und ihrer Schichtung ergibt. Hochbezahlte Fabrikdirektoren und ungelernte Arbeiter werden in der Arbeiterklasse zusammengeworfen. Auch ist zu beachten, dass eine säuberliche Trennung von Industriearbeitern und Landarbeitern («werktätige Bauern») nicht möglich ist. Die Sowchosarbeiter (auf den Staatsgütern) und das umfangreiche Verwaltungspersonal der Sowchosen fallen bei der Rubrizierung nach Klassengesichtspunkten in die Rubrik «Arbeiter und Angestellte». Das Anwachsen dieser Kategorie etwa im Jahre 1961 gegenüber der Volkszählung von 1959 ist also unter anderm darauf zurückzuführen, dass durch die Umwandlung der Kolchosen (Landwirtschaftsgenossenschaften) in Staatsgüter eine ganze Anzahl von landwirtschaftlich Tätigen in die Arbeiterklasse «aufgestiegen» ist, ohne ihre berufliche Tätigkeit im geringsten geändert zu haben.

Keine Hexerei, alles nur Verrechnungsmethode.

Erziehung

SBZ

FDJ isoliert

Zwei zentrale Forderungen an die Jugend der Sowjetzone haben die Reden bestimmt, die in den letzten Tagen auf den Kreis- und Stadt-Delegiertenkonferenzen der FDJ gehalten worden sind:

1. Die Forderung, «auf dem Hauptkampfplatz der Jugend, in der materiellen Pro-

duktion, täglich mehr zu leisten, um zu einem besseren Leben zu kommen und

2. «die moderne Waffentechnik zu meistern und hohe militärische Kader zu entwickeln, um die DDR als Vaterland der ganzen deutschen Jugend stark zu machen».

Die besten FDJ-Mitglieder, so wurde hierzu von den Sprechern der SED und der FDJ auf den Delegiertenkonferenzen ergänzend erklärt, seien «Soldaten auf Zeit», Soldaten, die sich freiwillig über die 18 Monate Wehrpflicht hinaus zum Längerdienen in der «Volksarmee» verpflichten.

Aus den bisher vorliegenden Berichten über die FDJ-Delegiertenkonferenz geht weiter übereinstimmend hervor, dass der «Jugendverband als Kampfreserve der Partei der Arbeiterklasse» weitgehend isoliert von der Masse der Jugendlichen der Sowjetzone arbeitet. Die FDJ dürfe sich den «vielen noch Abseitsstehenden» gegenüber nicht länger gleichgültig verhalten, haben die SED-Funktionäre in ihren Ansprachen an die Teilnehmer der FDJ-Delegiertenkonferenzen verlangt. Erst wenn eine Aenderung in der Haltung der FDJ diesen Jugendlichen gegenüber sichtbar werde, könne auch mit einer Aenderung in deren Haltung gegenüber der FDJ gerechnet werden.

Kritisch wurde auch zu der Einstellung vieler Jugendlicher Stellung genommen, die darin gipfelt, es sei gleich, für welchen Staat sie arbeiten, die Hauptsache sei, der Lohn stimme.

Gewehrt haben sich die FDJ-Funktionäre gegen den ihnen gemachten Vorwurf, das Leben in der FDJ sei langweilig. «Twist kenn jeder», sagte ein FDJ-Funktionär auf der Stadt-Delegiertenkonferenz in Rostock, «aber hat schon einmal jemand von den Kritikern unserer Bemühungen um ein frohes Jugendleben einen ‚Bachanka', ‚Bogaso', ‚Cock-Step', ‚Malterson', ‚Quinto', ‚Step-Twist', ‚Tschila' oder eine ‚Stomp-Polka' getanzt?» Das seien alles «moderne DDR-Tänze», aber kaum einer wisse davon.

Bei den Neuwahlen der Sekretariate der FDJ-Kreis- und Stadtleitungen sind die meisten der bisherigen Sekretäre abgelöst worden. Nach dem Vorbild der SED hat die FDJ ihre Sekretariate ebenfalls nach dem sogenannten «Produktionsprinzip» organisiert.

«Staatsfeindliche Schüler»

Fünf Schüler der 11. Klasse der erweiterten Oberschule Rostock sind kürzlich von der Schule verwiesen worden, weil sie sich angeblich zu einer «gegnerischen Gruppe zusammengeschlossen und wiederholt provokatorisch in Rostock aufgetreten» waren. Dies wurde auf der FDJ-Stadtdelegierten-Konferenz mitgeteilt. Funktionäre der FDJ stellten bei der Einschätzung ihrer Arbeit an den Oberschulen fest, dass «unter den Schülern vielfach Erscheinungen der Heuchelei an der Tagesordnung» seien. Die fünf von der erweiterten Oberschule verwiesenen Jugendlichen, so wurde mitgeteilt, hätten alle im Unterrichtsfach Staatsbürgerkunde die Zensur «sehr gut» gehabt. In diesem Zusammenhang wurde scharfe Kritik an Lehrern geübt, «die den Unterricht unüberzeugend und langweilig erteilen, nicht mit dem Herzen bei der Sache sind und einen offenen und ehrlichen Meinungsstreit mit den Schülern scheuen». Hier seien die Ursachen für die heuchlerische Haltung vieler Schüler zu suchen.

Rassenfragen

Tschechoslowakei

Vom Flirt mit Negern

Das Vorurteil gegen Farbige kennt keine Grenzen und die jüngsten Vorfälle in Bulgarien, wo es zu Ausschreitungen gegen farbige Studenten gekommen ist, zeigen, dass es in den kommunistischen Ländern ebenso weit verbreitet ist, als anderswo.

Nun hat eine tschechoslowakische Zeitung einen offenen und rührenden Bericht über die Probleme tschechoslowakischer Mädchen veröffentlicht, die Beziehungen zu den farbigen Ausländern pflegen, die im Lande studieren.

Die Geschichte begann mit einem Artikel in der slowakischen Tageszeitung für die Jugend, *Smena*.

Jane wohnt in einem Studentenheim und trauerte um ihren Freund, einen afrikanischen Studenten, der nach Hause zurückgekehrt und sie allein zurückgelassen hatte, obwohl er ihr immer wieder versichert hatte, sie zu heiraten und mit in seine Heimat zu nehmen.

Es folgten dann die Bemerkungen der anderen Mädchen in dem Heim, die darauf hinausliefen, dass nur schlechte Mädchen sich mit Farbigen abgeben oder dass Jane das wohl getan habe, weil der ausländische Freund Zugang zu den Tuzex- Läden gehabt habe. (Tuzex ist eine Organisation, die es Ausländern ermöglicht, zu günstigen Bedingungen Geschenke an ihre Freunde in der CSSR zu schicken und in deren Läden man in fremden Währungen einkaufen kann.)

Dieser Artikel brachte dem Blatt eine Fülle von Zuschriften von Mädchen, die ebenfalls ausländische Freunde haben.

So schrieb zum Beispiel Marie Kucerova aus Pressburg: «Viele Leute vertreten die Ansicht, es sei eine Schande für ein weisses Mädchen, einen Neger zu lieben. Wie kann ein Neger es wagen, eine weisse Frau zu verführen und sie dann zu verlassen? Glücklicherweise handelt es sich dabei immer um schlechte Frauen. Denn nur ein Mädchen, das sehr lockere Moralbegriffe habe, könne sich so einem Manne hingeben, ein Mädchen, das bereits genug von den weissen Männern habe und nun etwas exotischeres sucht — oder die sich ‚etwas dazuverdienen' will.»

Diese Ansichten, so schrieb das Mädchen, seien die mildesten Worte gewesen, die sie gehört habe. — «denn auch ich gehe mit einem Neger».

Fräulein Kucerova schrieb weiter: «Häufig heisst es, nur Strichmädchen könnten mit einem Neger gehen. Warum aber sollte ein Neger nur gegen Bezahlung geliebt werden, wo doch die Gleichheit der Rassen proklamiert worden ist? Hat er etwa kein Anrecht auf einen wahren Freund? Wenn Du ehrlich bist, Genosse, dann verurteilst auch Du mich, während Du diese Zeilen liest... Wie soll ich denn bloss allen Leuten erklären, dass ich noch nie in einem Tuzex-Laden war, dass mein Freund mit seiner dunkleren Hautfarbe ein Kubaner ist und keine Coupons hat, für die ich ohnedies keine Verwendung hätte, da jeder mich anspuckt?... Wie kann ich es verhindern, dass er versteht, was alle Leute sagen, wo er doch fast unglaublich schnell unsere Sprache lernt?»

Eine andere Pressburgerin, Darina Jurinova, schrieb, sie sei betroffen von der «negativen Einstellung der Bevölkerung gegenüber Mädchen, deren Freunde aus Afrika, Kuba, usw. stammen».

Unlängst habe sie, so teilte sie dem Blatt mit, folgende Szene miterlebt: «Ein junges Mädchen ging in Begleitung eines Negers die Strasse entlang. Alle Leute machten höhnische Bemerkungen, über die man hätte weinen und schreien können. Ein Mann sagte sogar: ‚Die Jugend von heute ist völlig haltlos.'»

Dazu meinte Fräulein Jurinova: «Nun, es hat den Anschein, diese Aussprüche ziemten sich eher für einen Despoten und Ausbeuter, der in irgendeiner unterdrückten Kolonie in Afrika lebt, als für die Bürger eines sozialistischen Staates. Oder sollten diese Leute nicht verstehen, dass auch ein Neger ein Herz hat, Gefühle und einen Verstand?»

Und ist es denn so entsetzlich, fügte sie hinzu, wenn ein Mädchen ein Geschenk von seinem farbigen Freund erhält, das aus einem Tuzex-Laden stammt?

Afrikanische Gipfelkonferenz

In der zweiten Maihälfte wird die äthiopische Hauptstadt die Kulisse für ein afrikanisches Gipfeltreffen bilden, das, nach dem bisher möglichen Ueberblick, ein Wendepunkt in der Geschichte des schwarzen Erdteils werden kann. 32 Staaten haben bisher ihre Teilnahme zugesagt. Praktisch werden damit alle souveränen Länder Afrikas, ausser dem Südafrika Verwoerds in Addis Abeba vertreten sein. Das ist ein verheissungsvoller Auftakt zu der Gipfelkonferenz, deren Programm die Aussenminister in einer voranlaufenden Konferenz festlegen wollen. Denn Afrikas Spaltung in zwei rivalisierende politische Gruppen, die Casablanca-Gruppe und die Monrovia-Gruppe, hat dem so entwicklungsbedürftigen wie entwicklungsfähigen schwarzen Erdteil in der Vergangenheit viele Nachteile eingetragen und manche überflüssige Spannung erzeugt. Nutzniesser solcher inneren Rivalität waren eigentlich nur die Gegner eines freien Afrikas: die militanten Agitatoren aus Moskau, Peking und den Satellitenstaaten einerseits und die letzten europäischen Kolonialisten andererseits, die durch die kommunistischen Interventionsversuche einen willkommenen Vorwand fanden, ihre letzten Bastionen in Afrika in der gewohnten Abhängigkeit zu halten.

Sicher wird auch die Gipfelkonferenz von Addis Abeba noch nicht den Grundstein zu den «Vereinigten Staaten von Afrika» legen, von denen viele Panafrikaner seit Jahren träumen. Gerade sie sind in den letzten Monaten nachdenklich gestimmt worden durch die desillusionierende Verlangsamung der europäischen Integration, die sie sich bis dahin immer als Vorbild nahmen. Das hat in Afrika die Front derjenigen Mächte gestärkt, die die Einigung des Kontinents aus der Evolution, nicht aus der Revolution befürworten. Ein ähnlicher Effekt lässt sich aus der Haltung einiger Casablanca-Staaten ablesen. Sie haben ihre

harte politische Piste verlassen und folgen einem flexibleren Kurs als zuvor. Ein typisches Beispiel dafür ist das Einlenken Marokkos in seiner Mauretanienpolitik und der Verzicht auf die bisher angedrohte gewaltsame Annektion dieses Nachbarstaates. Doch auch in anderen Bereichen sind die scharfen Anklagen und massiven Ultimaten aus den Programmen der Casablanca-Staaten gestrichen worden. Die Atmosphäre für die Addis-Abeba-Konferenz ist entspannt und damit sind gute Voraussetzungen geschaffen worden, dass viele innerafrikanische Streitobjekte friedlich beigelegt werden können.

Obwohl Moskau und Peking viel von dem Gorienschein eingebüsst haben, der ihnen unverdienterweise in der Vergangenheit bei manchen afrikanischen Kreisen angedichtet worden ist, haben es die beiden Antagonisten des Weltkommunismus nicht aufgegeben, in Afrika nach Stützpunkten für ihren Neo-Imperialismus zu suchen.

Die entscheidende Schlappe mussten die Kommunisten vor allem im arabischen Norden einstecken, wo ihre jahrelange, meist ungestörte Subversionsarbeit mit Verboten und Verfolgungen quittiert wurde. Aber auch in Schwarzafrika haben Vorfälle wie die Diskriminierung der afrikanischen Studenten in Sofia erheblich dazu beigetragen, das Klima für die Verbreitung kommunistischer Gedanken zu verschlechtern. Die heimgekehrten afrikanischen Stipendiaten erfüllen nur zu einem geringen Bruchteil die Erwartungen, die die kommunistischen Lehrer in sie gesetzt haben. Im Gegenteil wissen die Heimkehrer zu berichten, dass beispielsweise die Praxis der sowjetischen Kollektivwirtschaft — deren Theorie doch dem tribalistischen Denken der Afrikaner gar nicht so fremd erscheint — genau das Gegenteil von dem ist, was die traditionelle Sozialordnung Afrikas an erprobten Vorzügen zu bieten hat.

Die offenkundige Entschärfung der Casablanca-Parolen, sowohl in Bezug auf interafrikanische Probleme wie hinsichtlich der restlichen Liquidierung der europäischen Kolonialherrschaft, kann den Kommunisten nicht gefallen, den «Revisionisten» in Moskau ebensowenig wie den «Revolutionären» in Peking. Mit dieser Beruhigung der afrikanischen Szenerie wird nämlich der diplomatische Druck der westlichen Mächte auf Länder wie Portugal, die noch Teile des schwarzen Kontinents verwalten, in viel grösserem Masse als bisher möglich, und damit die Chance für eine rasche, friedliche und endgültige Beseitigung kolonialer Restbestände. Es ist den aufmerksamen Blicken der afrikanischen Politiker nicht entgangen, dass der Fortbestand des kolonialistischen Engagements einiger westeuropäischer Mächte in deren Hauptstädten viel weniger Freude auslöst als in Moskau, das beispielsweise am Angola-Feuer sein rotes Süppchen für Afrika kochen möchte. Die einzige Losung des Kremls, die in Afrika heute noch ungeteilte Sympathie geniesst, ist die vom «atomwaffenfreien Afrika». Aber auch hier wächst die Erkenntnis, dass Moskau eine solche Parole nicht aus Menschlichkeit gegenüber den Afrikanern in die Welt gesetzt hat.

Denn die sowjetischen Atomtests werden ja auch auf dem Kolonialgebiet der UdSSR in Asien durchgeführt, ohne dass den Sowjets humanistische Bedenken einfallen.

In Kürze

In den Ostblockstaaten laufen einige Züge, die ganz gewöhnlich aussehen, jedoch mit einer technischen Neuerung versehen sind. Alle Waggons haben nämlich verstellbare Achsen, die entweder auf die Normalspur passen, die in den meisten europäischen Staaten üblich ist, aber auch auf die grössere Spurbreite der sowjetischen Eisenbahn.

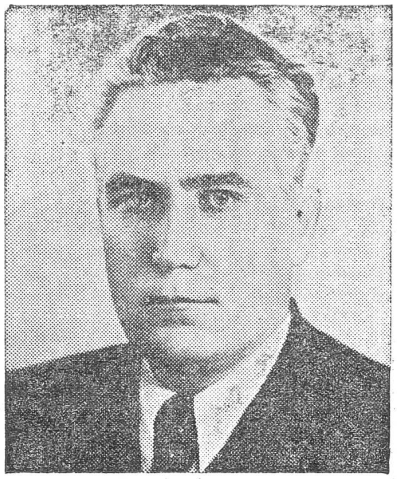
Sollte sich diese Neuerung, die nun ausprobiert wird, als erfolgreich herausstellen, so wird unter den Auspizien des Comecon, der Wirtschaftsorganisation des Ostblocks, mit der Massenproduktion von Güterwagen mit verstellbaren Achsen begonnen werden, berichtete Radio Moskau. Die Mitgliedstaaten wollen auch die Produktion von Güterwagen standardisieren.

*

Wie Radio Warschau berichtete, kehrte ein königliches Schwert nach 475 Jahren wieder nach Polen zurück. Das Schwert — es handelt sich um das Krönungsschwert König Sigismund Stares — wurde von Professor Jerzy Szablowski, dem Direktor der Staatlichen Schatzsammlung im historischen Wawel-Palast, in Paris erworben.

Es wurde nun der Sammlung anderer polnischer Königsschätze einverleibt.

Curriculum der Woche: Frol Romanowitsch Koslow



Laut westlichen Agenturmeldungen ist der Erste stellvertretende Ministerpräsident, der bereits als präsumptiver Nachfolger Chruschtschews betrachtet worden war, schwer erkrankt.

Staats- und Parteifunktionär, Ingenieur und Eisenhüttenfachmann, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, Erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, Mitglied der KP seit 1926.

Geboren 1908 im Dorf Loschtschinino (heute Gebiet Rjazan) in einer Bauernfamilie. Er beginnt als einfacher Arbeiter schon 1923 in der Textilfabrik Krasnyj tekstiljschtschik in Kasimow zu arbeiten und bringt es bald bis zum Gehilfen des Zechenmeisters. Dem Komsomol tritt Koslow ebenfalls 1923 bei. 1926 wird er zum Sekretär des Komsomol-Werkkomitees ernannt, später leitet er die Wirtschaftsabteilung des Bezirkskomitees des Kommunistischen Lenin-Jugendbundes der Gesamtunion (WLKSM) Kasimow. Die sogenannte Arbeiterfakultät (Rabfak) des Berg-Instituts in Leningrad (Bergakademie) beginnt Koslow 1928 zu besuchen. Seine Studien setzt er dann am Polytechnischen Kalinin-Institut ebenfalls in Leningrad fort und beendet die Anstalt 1936. Im Anschluss daran arbeitet er als Ingenieur, und zwar als Leiter der Walzabteilung eines Eisenhüttenwerks in Ishewsk. Dort wird er 1939 zum Parteisekretär des Werkes und das Jahr darauf zum Sekretär des Stadtkomitees Ishewsk der KP ernannt. Während der Kriegsjahre ist Koslow in der Rüstungsindustrie tätig und leitet den rechtzeitigen Nachschub von Waffen und Munition an die Front. Von 1944 bis 1947 ist er rein innerparteilich tätig. 1947 bis 1949 ist er Zweiter Sekretär des Gebietskomitees von Kujbyschew. 1949 arbeitet Koslow erneut kurze Zeit im Apparat des ZK mit und darauf als «Parteiorganisator» (Partorg) des ZK im Kirow-Werk in Leningrad. Schon im Oktober des gleichen Jahres (1940) wird Koslow Sekretär des Stadtkomitees der KP in Leningrad und 1952 Zweiter Sekretär des Gebietskomitees Leningrad der KPdSU. Auf dem XIX. und XX. Kongress der Partei (1952, 1956) wird er in das ZK der KPdSU gewählt. Von 1953 bis 1957 ist er Erster Sekretär des Gebietskomitees Leningrad. Das Februar-Plenum (1957) des ZK wählt ihn zum Anwärter auf einen Sitz im Präsidium, das im Juni zusammentretende Plenum überträgt ihm schliesslich einen Sitz in diesem Gremium. Koslow ist auch Mitglied des Büros des ZK der KPdSU für die Russische Sowjetrepublik (RSFSR). Im Dezember des gleichen Jahres wird er Vorsitzender des Ministerrates der RSFSR, im März des darauffolgenden Jahres (1958) Erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR.

An der Spitze von Partei- und Regierungsabordnungen hat er häufig Auslandsreisen unternommen. Im Mai/Juni 1956 führt er eine Delegation, die Rumänien besucht; im Juni/Juli 1959 ist er anlässlich der Eröffnung der sowjetischen Ausstellung in New York in den USA, im Oktober des gleichen Jahres leitet er die sowjetische Delegation zur Zehnjahresfeier der Ostzone und schliesslich hält er sich gemeinsam mit Woroschilow und Frau Furcewa im Januar 1960 in Indien auf.

Seit Frühling dieses Jahres wurde Koslow im Zusammenhang mit Chruschtschews angeblichen Rücktrittsabsichten häufig als möglicher Nachfolger genannt.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 8. Mai 1963

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Der Hausbesitzer

Die «Krokodil»-Karikatur kann als Nachtrag zum Thema «Wohnfreuden» (siehe KB, Nr. 17) dienen, das jetzt wieder breiten Raum in der satirischen Presse findet.

Das Bild ist im Rahmen der Kampagne gegen Villenbesitzer zu verstehen, von der anscheinend neuerdings auch prominente Angehörige der «neuen Klasse» nicht verschont werden. Als Hausbesitzer aus Mietzinsen Einkünfte zu beziehen, ist nach kommunistischer Lehre an sich verbrecherisch. Nach ihrer Definition ist nämlich einer, der von einem nicht selbst erarbeiteten Einkommen lebt, ein Kapitalist und somit ein Klassenfeind. Die Anprangerung ist also keineswegs harmlos, sondern hat eine gefährliche ideologische Grundlage, auf der sich ohne weiteres auch eine Strafverfolgung aufbauen liesse. Die verschärfte Praxis in dieser Hinsicht (Todesstrafe für verschiedene Wirtschaftsdelikte) ist für die Betroffenen ein ganz und gar nicht harmloser Aspekt der Kampagne.

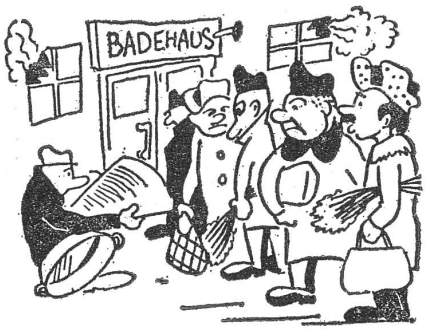
Er lebt als Hausbesitzer. («Krokodil», 10.4.)

Im Badehaus

Die abgedruckte Schilderung des öffentlichen Badebetriebs in der Sowjetunion erschien in der Moskauer deutschsprachigen Zeitschrift «Neues Leben» vom 11. April. Die geschilderten Zustände (auch ein beliebtes Karikaturthema) sind für Kleinstadtverhältnisse typisch. Die Sauna und die öffentlichen Reinigungsstätten sind für die Bevölkerung umso wichtiger, als Badezimmer in den Wohnungen selbst in Grossstädten noch alles andere als eine Selbstverständlichkeit sind.

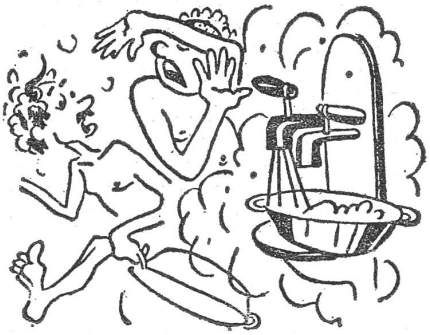
Der im Gedicht vorkommende Ausdruck «Aul» (türkisch eigentlich Sippe) heisst hier ungefähr soviel wie «kleines Nest».

Wie es mit den Bademöglichkeiten in der Provinz bestellt ist, illustriert etwa ein Bericht der «Ekonomitscheskaja Gasjeta» aus Kasachstan. Danach gibt es in dieser Republik von 2,7 Millionen Quadratkilometern und nahezu 12 Millionen Einwohnern nur 471 öffentliche Baderäume mit insgesamt etwa 18 000 Plätzen. Es handelt sich vor allem auf dem Land meist um bessere oder schlechtere Holzhütten, wo die Bevölkerung desinfiziert und nach Läusen untersucht wird. Das warme Wasser ist in Holzkübeln vorhanden, so dass sich die Badenden gegenseitig abgiessen müssen.



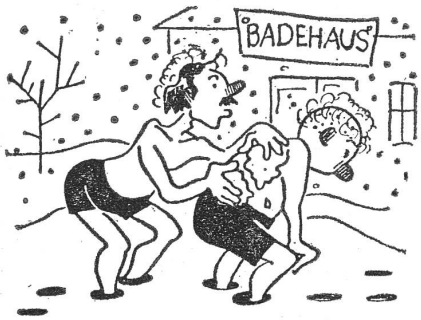
Peter will am Samstagabend
sich den Leib mit Seife schaben,
und er geht ins Badehaus
mit dem Nachbar Heinrich Klaus.
Vor dem Bad die Leute schwitzen,
die dort wie am Bahnhof sitzen.
Schlangenstehen macht viel Kummer,
mancher sinkt in süssen Schlummer,
wenn er nicht die Zeitung liest
oder Bier hinuntergiesst.
Ein paar Stunden stehn die zwei,
endlich sind sie an der Reih.

Nackig stehn sie in der Kammer.
Ach, da herrscht ein Katzenjammer:
Vom zerschlagnen Fenster her
weht es wie vom Bering-Meer.
Zähneklappernd, gänsehäutig,
wegen Schüsselmangels streitig,
rennen von dem kalten Ort
pudelnackte Leute fort
hin zum heissen Wasserhahn.
Doch auch hier hängt Eis daran.
«Gebt doch Wasser! Heisses Wasser!»
ruft der Peter blass und blasser.
«Bitte!» ruft der Heizer 'rein.
Plötzlich hüllt der Dampf sie ein.
Jeder drückt, soviel er kann,
auf den heissen Wasserhahn.
Kochend Wasser 'rumzuspritzen,
kann dem Menschen wenig nützen.
Alle rennen nach der Tür.
Andres Wasser gibt's nur hier.
Mit dem kalten ist es Schluss.
Hol sich Schnee, wer haben muss!



Mitteilung

Vom Jahrgang 1962 des «Klaren Blicks» ist ein vollständiges Register erstellt worden. Die Stichworte sind in rund 1500 Angaben alphabetisch und nach Sachgebieten geordnet, dazu kommt noch ein besonderes Personenverzeichnis. Der Bezugspreis beträgt Fr. 5.—. Interessenten können ihre Bestellung an das Schweizerische Ost-Institut, Postfach 1178, Bern-Transit, senden.



«Meine Güte!» ruft der Leser.
«Wo ist Ohneruh gewesen?»
War's ein Dorf? War's ein Aul?
Nein!
Das war ein Barnaul!

Der Schnappschuss

In Polen wurde anlässlich des 20. Jahrestages des Warschauer Aufstands am 19. April 1943 eine Sondermarke herausgegeben.

*

Zwei polnische Fussballmannschaften haben ein Spiel ausgetragen, das einmal anders war. Wie die amtliche polnische Nachrichtenagentur PAP meldete, fand das Treffen 130 Meter unter der Erde statt, nämlich im Wieliczka-Salzbergwerk in der Nähe von Krakau.

*

Eine chinesische Bäuerin verlor ihren goldenen Ring. 200 Angestellte eines Gemüsemarkts in Schanghai brachten einen ganzen Vormittag damit zu, 35 Tonnen Gemüse zu durchsuchen, berichtete «Hsinhua». Der Ring wurde gefunden.

*

Folgender Witz kursiert zurzeit in Ostberlin:

Genosse Kolbe kehrte von einer Gedenkfeier zum 80. Todestag von Karl Marx (14. März) heim und erzählte seiner Frau: «Die Genossen hatten sich wirklich Mühe gegeben, den Saal festlich zu schmükken...» «Wie schön von ihnen», meinte Frau Kolbe. «...und dann habe ich eine erschütternde Gedenkrede gehalten...» «Wie schön von Dir!», flüsterte Frau Kolbe. «...und zum Schluss habe ich ausgerufen: ‚Genossen, Karl Marx hat den Aufbau des Sozialismus in der DDR nicht erlebt...!'» «Wie schön für ihn!» sagte Frau Kolbe strahlend.

*

In Kiew gelobte eine 18jährige Komsomolzin, ihre Komsomol-Bluse nicht eher auszuziehen, bis der Kommunismus auf der ganzen Erde gesiegt habe. Ihr «Gelübde» wurde in das «Buch der guten Taten» der Kiewer Komsomol-Organisation eingetragen.